

veröffentlichten Prognose einer Inflationsrate von 3 bis 3,5% wird nunmehr für das laufende Jahr von 2% ausgegangen. Die Zentralbank sieht darüber hinaus die Gefahr eine Deflation.

Im 3. Quartal verzeichnete das Wachstum eine Marke von 9,4%, und für die gesamten neun Monate d.J. wurde eine Wachstumsrate von 9,4% realisiert. Damit schwächte sich die konjunkturelle Entwicklung gegenüber 2004, als ein Wachstum von 9,5% gemeldet worden war, nur sehr geringfügig ab.

Die hohen Investitionen werden nach Einschätzung verschiedener Analysten dazu führen, dass die bestehenden Kapazitäten weiter ausgebaut und im kommenden Jahr – zusammen mit höheren Preisen für Energie und Rohstoffen – die Gewinnmargen vieler nachgelagerter Industrien beeinträchtigen werden. In den ersten neun Monaten d.J. stiegen die Anlageinvestitionen um 26,1% gegenüber der Vorjahresperiode.

In einem Bericht des State Information Center, der im *China Securities Journal* veröffentlicht wurde, wird von einer Ausweitung der Kohleerzeugung um 6% und der Erdölproduktion um 3,33% ausgegangen. Obwohl derzeit noch Engpässe in der Stromerzeugung bestünden, werde davon ausgegangen, dass es bereits nach zwei Jahren ein Überangebot geben wird. Für das kommende Jahre erwartet das State Information Center einen Zuwachs in der Elektrizitätserzeugung von 12,1%. (WSJ, 2., 9.11.05; ST, 3., 4.11.05; NfA, 25.10.05)

SVR Hongkong

Katja Levy / Katrin Willmann

29 Erste Regierungserklärung Donald Tsangs

Unter dem Titel „Strong Governance for the People“ gab Donald Tsang als Regierungschef (*Executive*

Council) der Sonderverwaltungsregion Hongkong (SVR) am 12. Oktober 2005 seine erste Regierungserklärung (*shizheng baogao* bzw. *policy address*) ab. In seiner Rede vor der Hongkonger Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) griff er die Punkte seines Wahlprogramms auf und ergänzte die Liste seiner Vorhaben. Hinweise zur künftigen konstitutionellen Entwicklung beinhaltete die Regierungserklärung nicht.

Als Zielsetzung für seine Amtszeit gab Donald Tsang – wie sein Vorgänger Tung Chee-hwa in seiner letzten Regierungserklärung im Januar 2005 – an, die wirtschaftliche Entwicklung gewährleisten und für soziale Harmonie sorgen zu wollen (vgl. C.a., 1/2005, Dok 33). Damit ließ sich der neue *Chief Executive* ebenfalls ganz auf die Rhetorik der parteistaatlichen Führung unter Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao ein. Allerdings benannte er im Gegensatz zu Tung konkrete Maßnahmen, die z.T. auf Neuerungen aus der Regierungszeit Tungs aufbauen, z.T. aber auch Elemente aus der britischen Herrschaft wieder aufgreifen.

So sollen die Kompetenz des Verwaltungsministers und des Finanzministers erweitert werden. Die anderen Minister sollen ihnen gegenüber eine Informationspflicht haben, ferner werden sie für die Politikkoordination verantwortlich sein. Während alle anderen Mitglieder nur den (Teilen der) Kabinettsitzungen beiwohnen sollen, in denen ihre jeweiligen Themengebiete behandelt werden, sollen diese gemeinsam mit dem Justizminister zukünftig an allen Sitzungen teilnehmen. Damit erhalten der Verwaltungsminister und der Finanzminister wieder den gleichen Status wie zuletzt während der britischen Kolonialherrschaft unter Gouverneur Chris Patten.

Gleichzeitig wird die Zahl der inoffiziellen Mitglieder des Regierungskabinetts, dem *Executive Council*, von bislang sieben auf 15 Mitglieder erhöht und ihre Einflussmöglichkeit in der politischen Entscheidungsfin-

dung gestärkt. Obwohl schon sein Amtsvorgänger Tung Chee-hwa bei der Einführung des Ministerialsystems im April 2002 inoffizielle Mitglieder zu Beratungszwecken in das Kabinett geholt hatte, konnten diese ihre Position bisher nicht immer effektiv ausfüllen (vgl. C.a., 4/2002, Ü 37, 6/2002, Ü 30). Die Erweiterung des Personenkreises mit erfahrenen Persönlichkeiten aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen, die nicht unbedingt eine parteipolitische Zugehörigkeit vorweisen müssen, soll zur Verbesserung des Politikfindungsprozesses beitragen (zur Neubesetzungen im Regierungskabinett siehe Dokumentation unten).

Weiterhin soll die Kommission zur Strategischen Entwicklung, die 1998 ins Leben gerufen wurde, als Beratungsgremium für langfristige Fragestellungen wie die Demokratisierung des politischen Systems wiederbelebt und ihre Mitgliederzahl von derzeit 14 auf 100 erheblich erhöht werden. Vertreter aus dem prodemokratischen Parteienlager sollen dabei verstärkt integriert werden. Zur Verbesserung der Informationspolitik und des Verhältnisses zwischen der Regierung und den Hongkonger Medien soll ferner ein Informationskoordinator ernannt werden.

Abgesehen von den verschiedenen Maßnahmen für eine effizientere Regierungsführung sind als eine weitere wichtige Politikinitiative die verbesserten Zugangsbedingungen zum Hongkonger Arbeitsmarkt für Festlandschinesen und Ausländer zu nennen. Um den kleinen Pool an Fachkräften in Hongkong vergrößern und die Konkurrenzfähigkeit des Hongkonger Wirtschaftsstandortes steigern zu können, ist vorgesehen, zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigungen auch dann zu erteilen, wenn noch kein Arbeitsverhältnis besteht.

Im Hinblick auf die Kooperation mit dem Festland ist die Einrichtung eines Verbindungsbüros mit dem Festland geplant, das dem Constitutional Affairs Bureau zugeordnet ist. Weiterhin sollen zwei weitere Hongkong-Vertretungen in Shanghai und

Chengdu eröffnet werden. Außerdem sind alle politischen Funktionsträger angehalten, ihre Kontakte mit dem Festland auszubauen. (Hong Kong SAR government website, 12.10.05; SCMP, 12., 13., 15., 16.10.05; NZZ, 13.10.05) -kw-

30 Kabinettsumbildung unter neuem *Chief Executive*

Wie bereits in der ersten Regierungserklärung des neuen Regierungschefs (*Chief Executive*) Donald Tsang angekündigt worden war, kam das Regierungskabinetts (*Executive Council*) der SVR Hongkong am 1. November 2005 zu seiner ersten Sitzung in neuer Zusammensetzung zusammen (vgl. Dokumentation oben).

Zum Kabinetts zählen neben den 14 Ministern nun insgesamt 15 inoffizielle Mitglieder. Die inoffiziellen Kabinettsmitglieder sind einem Themenbereich schwerpunktmäßig zugeordnet, in dem sie eine beratende Funktion für die Minister der jeweiligen Ressorts übernehmen. Für den neuen *Executive Council* berief der Regierungschef acht neue Mitglieder aus den unterschiedlichsten Branchen. Im Bereich der Verfassungsfragen werden Anthony Cheung Bing-leung, Mitbegründer der Democratic Party und Gründer des unabhängigen Thinktanks SynergyNet, und der Vorsitzende des Jockeyklubs, Ronald Arculli, tätig sein. Zu den Themenfeldern Handel, Industrie und Technologie werden der Direktor von Citic Pacific, Henry Fan Hung-ling, der Vorsitzende des Hongkonger Wissenschaftsparks, Victor Lo Chung-wing, sowie der Banker David Li Kwok-po arbeiten. Marvin Cheung wird sich als Vorsitzender des Aufsichtsrates vom Tracker Fund mit Finanzen, aber auch mit Bildung und Wohnungsbau beschäftigen. Charles Lee Yeh-kwong wird seine Expertise als Vorsitzender von Hongkong Exchanges and Clearing in den Bereichen Finanzen und Inneres einbringen. Edward Leong Che-hung wird sich in die Politikfelder Verkehr und Bau sowie Gesundheit und Wohlfahrt einbringen.

In den Ministerreihen wurde nach der Ernennung Rafael Huis als Verwaltungsminister im Juni 2005 lediglich der Posten des Justizministers neu besetzt, nachdem Elsie Leung am 7. Oktober 2005 aus Altersgründen ihren Rücktritt erklärt hatte (vgl. C.a., 4/2005, Dok 37). Sie stand in der Hongkonger Öffentlichkeit wegen ihres Beijingfreundlichen Verhaltens häufig in der Kritik, zuletzt bei der Diskussion um die Amtsdauer des neuen Regierungschefs Donald Tsang. Während Leung zunächst eine fünfjährige Amtsdauer verkündet hatte, schwenkte sie dann schnell auf die Lesart der Zentralregierung um und setzte sich sogar für eine Auslegung des Hongkonger Grundgesetzes (*Basic Law*, BL) durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses ein (vgl. C.a., 2/2005, S. 11-14). Elsie Leung gehörte auch dem Kabinetts des früheren *Chief Executive* Tung Chee-hwa seit der Übergabe der Souveränität an die VR China im Jahr 1997 an. Im Januar 2004 wurde sie Mitglied der Taskforce zur konstitutionellen Entwicklung. Dieses Amt wird sie nach ihrem Rücktritt als Justizministerin noch bis Ende 2005 ausfüllen.

Als Nachfolger berief Donald Tsang am 20. Oktober den erst 42-jährigen Rechtsanwalt Wong Yan-lung zum neuen Justizminister der Sonderverwaltungsregion. Wong hatte als Mitglied des Wahlkollegiums für die Wahl des neuen Regierungschefs Donald Tsang nicht nominiert. Er gilt als integer und politisch neutral, beteiligte sich allerdings an den jüngsten Protesten zur Interpretation des BL zur Amtszeit des neuen *Chief Executive* im April dieses Jahres (vgl. C.a., 3/2005, Dok 43). Wong kündigte an, eine Auslegung des BL auch in seiner neuen politischen Führungsrolle vermeiden zu wollen. Nach seiner Ernennung ließen beide politischen Lager ihre Unterstützung für ihn erkennen, verbinden sie mit ihm doch die Hoffnung auf eine konsequente Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips.

Ob und in welcher Weise sich die Wahl und die Zustimmung der Zentralregierung zu einem politisch

neutralen und keineswegs unumstößlich Beijing-loyalen Rechtsanwalt auf die Beziehungen zwischen der SVR und der Zentralregierung sowie die Reformen im Wahlrecht auswirken werden, bleibt abzuwarten. (XNA, 14., 20.10.05; SCMP, 20., 21.10., 2.11.05; ST, 21.10.05) -kw-

31 Abschlussbericht der Taskforce zur konstitutionellen Entwicklung

Am 19. Oktober 2005 legte die Taskforce zur konstitutionellen Entwicklung unter Leitung von Verwaltungsminister Rafael Hui nach öffentlichen Beratungen und vier Zwischenberichten seit ihrer Konstituierung im Januar 2004 ihren Abschlussbericht vor. Darin werden konkrete Änderungsvorschläge zur Modifizierung des Wahlrechts für die Wahlen zum Hongkonger Regierungschef (*Chief Executive*) im Jahr 2007 und zur Legislativversammlung (*Legislative Council*, LegCo) im Jahr 2008 gemacht (vgl. C.a., 5/2004; Ü 29; 10/2004, Ü 35). Die möglichen Änderungsvorschläge der Sonderkommission waren bereits in den Vormonaten in der Hongkonger Öffentlichkeit erörtert worden, zumal die Veröffentlichung des Abschlussberichts eigentlich schon für Mitte 2005 geplant war (vgl. C.a., 5/2005, Dok 42).

Die wichtigsten Änderungsvorschläge für die Wahl des *Chief Executive*:

- Die Mitgliederzahl des Wahlkomitees zur Wahl des *Chief Executive* soll verdoppelt werden. Statt der bisherigen 800 sollen 1.600 Wahlberechtigte den nächsten *Chief Executive* wählen können.
- Alle ernannten, gewählten und ex-officio Bezirksräte (*District Councils*) sollen Mitglieder des Wahlkollegiums werden.
- Es soll gewährleistet sein, dass Wahlen zum Regierungschef auch dann durchgeführt werden, wenn es nur einen Kandidaten gibt.

Die wichtigsten Änderungsvorschläge für die Wahl des LegCo:

- Die Zahl der Sitze im LegCo soll von derzeit 60 auf 70 erhöht werden. Dabei kommen sowohl bei den direkt zu wählenden Sitzen in den fünf Wahlbezirken (*geographical constituencies*) als auch bei den indirekt zu wählenden Sitzen in den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*) fünf neu hinzu.
- Die fünf indirekt gewählten Sitze sollen von den *District Councils* gewählt werden. Die Anzahl der durch ihr Wahlkollegium indirekt gewählten Sitze steigt somit von einem auf sechs.

Auf die Vorgabe eines Zeitplans zur Einführung allgemeiner Direktwahlen verzichtete die Taskforce mit dem Hinweis, dass dazu zu unterschiedliche Meinungen in der Hongkonger Öffentlichkeit bestehen würden und deshalb erst ein Konsens herbeigeführt werden müsse. In der Folge gab der Minister für Verfassungsfragen, Stephen Lam, sogar die Verantwortung für einen Zeitplan ab, indem er erklärte, dass der amtierende *Chief Executive* Donald Tsang von der Zentralregierung in Beijing gar nicht autorisiert sei, über eine Wahlrechtsreform nach dem Jahr 2008 zu entscheiden.

Nach den Plänen der Taskforce sollen die Gesetzesänderungsvorschläge für die Umsetzung der Wahlrechtsreform zur Wahl des Regierungschefs bereits im Januar 2006 in die Legislativversammlung eingebracht werden. Die Gesetzesänderung sollte dann bis Mai 2006 die Hongkonger Legislative passiert haben, um in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 das Wahlkollegium bilden zu können. Die Wahl des *Chief Executive* ist für den März 2007 vorgesehen. Die entsprechende Verordnung für den LegCo könne 2007 geändert werden.

Hongkonger Medien und das prodemokratische Parteienlager kritisieren die Reformvorschläge als nicht

weitgehend genug. Vor allem wurde bemängelt, dass die Taskforce keinen Zeitplan für die Einführung von Direktwahlen vorgegeben hat, obgleich die breite Hongkonger Bevölkerung dieses Endziel sobald wie möglich erreichen möchte. Ferner halten Kritiker den Anteil der ernannten Wahlberechtigten im Wahlkollegium und der indirekt gewählten Parlamentssitze für weiterhin viel zu groß. Die 25 prodemokratischen Abgeordneten des LegCo kündigten daher an, ihre Zustimmung für die Wahlrechtsreform zu verweigern und riefen die Hongkonger Bevölkerung dazu auf, ihren Unmut über die Vorschläge auf einer Demonstration am 4. Dezember 2005 kundzutun und einen Zeitplan einzufordern.

Zweifelsohne bleibt der Schritt zu den allgemeinen Direktwahlen trotz der Reformvorschläge noch zu groß. Angesichts des angekündigten Protests der prodemokratischen Abgeordneten erscheint die notwendige Zweidrittelmehrheit im LegCo, die für die Wahlrechtsreform erforderlich ist, gefährdet. Dem regierungsfreundlichen Parteienlager fehlen dazu selbst bei Hinzuzählung der unabhängigen Abgeordneten sechs Stimmen. Mit Spannung wird auch erwartet, in welchem Umfang die Hongkonger Bevölkerung für Proteste mobilisiert werden kann. Die Wahlrechtsreform könnte wegen der angekündigten Härte der Regierung zu einem größeren Konflikt führen und sich als größte Hürde für den Regierungserfolg des neuen *Chief Executive* Donald Tsang erweisen. (Hong Kong SAR government website, 19.10.05; WSJ, 19.10.05; IHT, 19.10.05; ST, 20.10.05; SCMP, 19., 20., 30.10., 2.11.05) -kw-

32 Hongkong intensiviert Maßnahmen zur Verbesserung der Luftreinheit

Nach zahlreichem Auftreten von Smog und derart verschlechterter Luftqualität, dass Experten schon von klinischer Gefährdung sprachen, hat Hongkong mehrere Projekte zur Verbesserung der Luftqualität geplant, die auch die Fa-

briken auf dem chinesischen Festland mit einschließen. Studien gehen davon aus, dass 80% der Luftverschmutzung Hongkongs von dort herüberweht. Hongkongs damaliger Regierungschef Tung Chee-hwa hatte in einer Regierungserklärung Anfang des Jahres 2005 bereits versprochen, dass er die Zusammenarbeit Hongkongs mit Guangdong in der Luftreinhaltung verstärken werde (vgl. C.a., 1/2005, Dok 37).

Die Hongkonger Umweltbehörde (*Environmental Protection Department*) untersucht den Einfluss Hongkonger Fabriken auf dem chinesischen Festland auf die Umweltverschmutzung in Hongkong. Besonders stark belastende Produktionsformen sollen ausfindig gemacht werden und Richtlinien über umweltfreundlichere Betriebsformen von Fabriken auf dem chinesischen Festland für Hongkonger Unternehmer formuliert werden.

Firmen aus Hongkong und der Provinz Guangdong werden außerdem dazu angehalten, die „Charta für saubere Luft“ zu unterschreiben, die als eine von mehreren Maßnahmen im Ergebnis der Umweltkonferenz in der Region im September 2005 formuliert worden ist. Des Weiteren soll ein regionales Überwachungssystem für die Luftqualität in der Region Guangdong und Hongkong eingerichtet werden. Es wird aus 16 Messstationen bestehen und täglich einen Luftqualitätsindex herausgeben. Dazu werden die Werte von Ozon, Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid, Stickstoffoxiden und Feinstaub gemessen. In einem bereits angelaufenen Forschungsprojekt in Hongkong untersuchen 140 Wissenschaftler die Entstehung, die Verbreitung und die ökologischen Folgewirkungen von saurem Regen. (SCMP, 18., 22., 30.10.05) -kl-

33 Hongkong übt für den Vogelgrippe-Notfall

Mitte Oktober und Anfang November 2005 fanden zwei Notfallübungen in Hongkong statt, die die Stadt auf einen eventuellen Ausbruch der

Vogelgrippe unter Menschen vorbereiten sollten. In Hongkong war bereits 1997 der erste menschliche Fall einer H5N1-Virusinfektion festgestellt worden. Damals wurden dort insgesamt 18 Menschen infiziert, von denen sechs starben. Bisher blieb Hongkong allerdings von der neuen Welle von Ausbrüchen der gefährlichen Grippe in Asien seit 2003 verschont.

Um einen eventuellen Ausbruch einer Pandemie in Hongkong unter Kontrolle zu halten, wurde als Unterbehörde des Gesundheitsministeriums ein Zentrum für Gesundheitsschutz eingerichtet. Hongkong wird im Ernstfall Grippe-Kliniken in allen 18 Distrikten einrichten. Außerdem sind für eine solche Situation die Schließung von Schulen und öffentlichen Plätzen, das Verbot von öffentlichen Versammlungen sowie die Einschränkung von nicht lebensnotwendigen Tätigkeiten und Dienstleistungen geplant. Am 20. Oktober sagte York Chow Yat-ngok, der Minister für Gesundheit, Wohlfahrt und Ernährung, dass Hongkong seine Grenzen schließen würde, wenn festgestellt wird, dass der H5N1-Virus von Mensch zu Mensch übertragen werden kann. Acht Tage später wurde diese Aussage allerdings zurückgenommen, da es offenbar massive nationale und internationale Proteste gegen eine mögliche Schließung der Grenzen gegeben hatte.

Ende des Jahres soll der von 1997 stammende Plan umgesetzt werden, die vielen freien Lebend-Geflügel-Märkte Hongkongs aus hygienischen Gründen durch einen zentralen Geflügelschlachthof zu ersetzen. Die Nachrichten über die drohende Gefahr einer Pandemie hat in Hongkong schon zu Panikkäufen des antiviralen Medikaments Tamiflu geführt. In einem Leitartikel auf der Website der Hongkonger Zeitung *Ta Kung Pao* vom 22. Oktober wird vor Panikkäufen des Medikaments gewarnt, die zu Preisspekulation, Versorgungsengpässen und nicht zuletzt zu unerwünschten Resistenzen bei den Viren führen können. Donald Tsang, der Hongkonger Regierungschef, sagte auf einer Pressekonfe-

renz, dass er den Ausbruch der Pandemie für fast unausweichlich halte. (WSJ, 8.11.05; SCMP, 19., 21., 28., 30.10., 4.11.05; RTHK, Radio 3., 13.10.05) -kl-

SVR Macau

Liu Jen-Kai

34 Edmund Hos Regierungserklärung für das Jahr 2006

Edmund Ho gab am 15. November vor der Legislativversammlung seine Regierungserklärung für das fiskalische Jahr 2006 (fiskalisches = Kalenderjahr) ab. Es war seine siebte Erklärung in seiner jetzt sechsjährigen Amtszeit. Ein Leitartikel in Macaus einziger englischsprachige Tageszeitung *Macau Post Daily* sprach von einem „programmatischen Pragmatismus“, der darauf ziele, gesellschaftlichen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung zu erreichen (XNA, 16.11.05).

Die Erklärung bestand wie immer aus drei Teilen: Teil 1 „Zusammenfassung der Regierungstätigkeit im Jahr 2005“, Teil 2 „Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit im Jahr 2006“, Teil 3 „Sich mit konkreter Arbeit befassen und den Veränderungen Rechnung tragen, Hand in Hand aufbauen“ (Teil 3 seiner Regierungserklärung 2005 lautete: „Die Qualität erhöhen und gemeinsam die Zukunft bauen“). In Teil 2 nannte der Regierungschef fünf Schwerpunkte;

1. Die Reformtaktik ausrichten und die Kernmechanismen optimieren.
2. Den Wirtschaftsaufbau vorantreiben und die Entwicklungsqualität erhöhen.
3. Die Freundschaft mit fernen Staaten und die harmonische Verbindung mit den Nachbarstaaten fördern sowie die Besonderheit als Plattform deutlich machen.

4. Das Augenmerk auf die Entwicklungsbedürfnisse richten und geordnet den Aufbau erweitern und
5. effektive Taktiken festlegen und den Aufbau des Humanen vorantreiben.

Im Jahr 2005 hat die Politik der Regierung nach Aussage ihres Chefs die Prioritäten bei der Verwaltungsreform und der Verbesserung der Lebensqualität gesetzt. Bei der Verwaltungsreform habe man sich auf die Stärkung der Kooperation zwischen den Regierungsstellen und der Verbesserung der Effizienz der Sicherheitskräfte konzentriert. Der Glücksspieltourismus, der „Drachenkopf“ der wirtschaftlichen Entwicklung, sei sprunghaft gestiegen – dank vermehrter ausländischer Investitionen und dem Anwachsen des Touristenstroms. Die Regierung werde weiter an Macaus Rolle als Handels- und Dienstleistungsplattform arbeiten und die Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen, den portugiesischsprachigen Ländern und den Geschäftsleuten unter den Auslandschinesen intensivieren.

Um dem Mangel an Humanressourcen zu begegnen, wird die Regierung vom nächsten Jahr an die Einführung von Importarbeitern fördern, vor allem von solchen mit speziellen Fähigkeiten, die in Macau fehlen. Sonderabgaben für die Beschäftigung von importierten Arbeitskräften werden von der ersten Jahreshälfte 2006 an erhoben. Über den Betrag machte der Regierungschef keine Angaben. Gleichzeitig versicherte die Regierung, dass Einheimische vorrangig beschäftigt würden. Die laufenden finanziellen Hilfsprogramme für kleine und mittlere Unternehmen sollen weiter vervollkommen werden.

Edmund Ho kündigte für das Jahr 2006 die Fortführung des Programms der Steuersenkungen und der Unterstützung alter Menschen an, nämlich:

- Senkung der Einkommenssteuer um 25%,